

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 45 – Opt-Out bei der Verlängerung
der Zulassung von Glyphosat

Dazu sagt der agrarpolitische Sprecher der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Bernd Voß:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 355.16 / 22.07.2016

Wir brauchen den Ausstieg aus Glyphosat

Glyphosat ist der mit Abstand am häufigsten eingesetzte Pflanzenschutzmittelwirkstoff. Weltweit, und auch bei uns. Glyphosat wird in Deutschland auf 40 Prozent aller Äcker eingesetzt.

In den 70er Jahren von Monsanto patentiert und unter dem Namen „Roundup“ auf den Markt gebracht, entwickelte er sich zum Verkaufsschlager Nummer Eins der Branche.

Heute ist Monsanto führender Hersteller nicht nur von Roundup, sondern auch von glyphosat-resistenten gentechnisch veränderten Pflanzen. Aber auch andere Hersteller sind auf den Zug aufgesprungen, als der Patentschutz auslief.

Kein Wunder also, dass trotz der seit einigen Jahren massiv vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der nachteiligen Auswirkungen des sich immer weiter verbreitenden „Tot-spritzens“ auf die Biodiversität, trotz des Verdachtes auch schädigende Wirkung auf die Gesundheit und Fruchtbarkeit bei Nutztieren, die Kritik am „System Glyphosat“ lange abgeschmettert wurde. Zu mächtig sind die wirtschaftlichen Interessen dahinter.

Erst durch die Einstufung des Wirkstoffes als „Wahrscheinlich krebserregend“ durch die Weltgesundheitsorganisation hat die breite Öffentlichkeit aufhorchen lassen. Das ist auch gut so, dass alle wachgeworden sind.

Die EU-Kommission hat jetzt eine umstrittene Entscheidung getroffen und die Zulassung von Glyphosat um eineinhalb Jahre verlängert. Wir bedauern diese Entscheidung. Mit einem klaren Votum der Bundesregierung gegen die Verlängerung hätte dies so verhindert werden können.

Aber vor noch wenigen Monaten stand eine Verlängerung um 15 Jahre in Aussicht. Das dies abgewendet werden konnte, ist ein großer Erfolg der zivilgesellschaftlichen

Gruppen, Verbände und vieler BürgerInnen in Europa, die sich dazu engagiert haben.

Dies zeigt, Europa lebt - es wirkt, wenn BürgerInnen sich in dieser EU, der 500 Millionen BürgerInnen, in europäische Entscheidungsprozesse einbringen. Das ist gut so.

Die Kommission hat außerdem den Mitgliedsstaaten empfohlen, Anwendungsbeschränkungen zu erlassen. Es ist bedauerlich, dass sie dies nicht rechtsverbindlich getan hat. Jetzt ist die Bundesregierung in der Verantwortung, dies so weit wie möglich umzusetzen.

Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wird in Deutschland bundesrechtlich geregelt durch das Pflanzenschutzgesetz. Wir bitten in unserem Antrag die Landesregierung, sich im Bund für sofortige möglichst weit gehende Anwendungsbeschränkungen einzusetzen. Sowohl in Landwirtschaft und Gartenbau als auch bei Bahnen, Verkehrswegen etc.

In der Debatte um Glyphosat geht es aber um mehr als um einen einzelnen Wirkstoff. Es geht um das „System Glyphosat“. Es geht um den Ausstieg aus einem System, dass eine einseitige Entwicklung gebracht und die Landwirte abhängig gemacht hat von der chemischen Industrie.

Und zwar so, dass viele bis heute davon ausgehen, es ginge nicht mehr ohne. Weil sie sich arbeitswirtschaftlich, in der Fruchtfolge, in dem Anbauverfahren und in der Maschinenausstattung, schon derart auf den „Stoff“ eingestellt sind, dass die Entzugserscheinungen für viele schmerzlich sein werden.

Wir brauchen aber den Ausstieg aus Glyphosat. Dabei muss die Beratung, Versuchswesen und Forschung sich dringend auf die Entwicklung von Alternativen im Anbau konzentrieren.

In den jüngsten Zielvereinbarungen mit der Landwirtschaftskammer fand dies Einzug. Es ist aber mehr als bedauerlich, dass da so lange, so extrem gemauert wurde. Das müssen die Landwirte ausbaden, die dann von heute auf morgen mit einer Situation konfrontiert werden, ohne Glyphosat arbeiten zu müssen. Was an sich, kein so großes Problem sein müsste, wenn es frühzeitiger eine bessere Vorbereitung für andere Verfahren gegeben hätte. Es müssen pflanzenbauliche Alternativen sein.

Der Ausstieg darf nicht einfach der Umstieg auf neue Wirkstoffe und Wirkstoffkombinationen sein, die ähnlich wirken, aber angeblich unbedenklich sind. Als Unbedenklich galt Glyphosat auch lange Zeit - fast 50 Jahre.
